



Martin Patzelt MdB



Liebe Freunde,
liebe Leserinnen
und Leser,
in dieser Woche haben wir
den Haushalt für das kom-
mende Jahr verabschie-
det. Darüber habe ich in
meinem letzten Newsletter
bereits ausführlich über
den familienpolitischen
Teil berichtet. Es bleibt mir
hinzuzufügen, dass wir
auch im nächsten Jahr
keine neuen Schulden auf-
nehmen und unserem Vor-
satz der schwarzen Null
treu bleiben. Und das
schon seit 2014.

Aufmerksam machen
möchte ich auf eine Um-
frage der Konrad-
Adenauer-Stiftung anläss-
lich des 30. Jahrestages
des Mauerfalls. Danach

bewerten sowohl die Men-
schen im Osten als auch
die im Westen die Wieder-
vereinigung positiv. Für 80
Prozent war es ein Glücks-
fall in der deutschen Ge-
schichte. Selbst die Anhä-
nger der Links-Partei beur-
teilen die deutsche Einheit
zu 75 Prozent positiv. Im-
merhin noch 37 Prozent
der Ostdeutschen sagen,
dass in der DDR vieles bes-
ser war. Leider gibt die
Umfrage keine Auskunft
darüber, was als besser
beurteilt wird.

Nachdem ich zu Wochen-
beginn von der Verhaftung
des vietnamesischen Jour-
nalisten Dr. Pham, Chi
Dung erfahren habe, habe
ich am 27. November ei-
nen Protestbrief an den

Premierminister des Lan-
des geschrieben. Ich habe
darin entschieden gegen
die willkürliche Verhaftung
des Journalisten protestiert.
Herr Dr. Pham hat nichts
anderes getan, als sein
Recht auf freie Meinungs-
äußerung wahrzunehmen.
Die Achtung der Meinungs-
freiheit ist ein hohes kultu-
relles Gut, ohne das Gesell-
schaften auf Dauer nicht
existieren können

Eine anregende Lektüre
wünsche ich Ihnen.

Herzlichst
Ihr

Besuch von Schülern der Oberschule Ulrich von Hutten



Wir diskutierten über aktu-
elle politische Herausforde-
rungen in Deutschland und
in Frankfurt (Oder). Wie wird
unsere Arbeitswelt in Zu-
kunft aussehen? Was tun
wir für den Klimaschutz?
Wie kann man eine breite
Unternehmerschaft für
Frankfurt gewinnen?

Anschließend ging es in die
Bundeszentrale für politi-
sche Bildung, wo sich die
Schüler mit dem Thema
Islam in Deutschland be-
schäftigten.

Schülerinnen und Schüler
haben mich am 25. No-
vember 2019 im Deut-
schen Bundestag besucht.

Nr. 42/19. WP
29. November 2019

Pekings schwere Menschenrechtsverletzungen an den Uiguren

Zu den am letzten Wochenende veröffentlichten „China Cables“ über die Unterdrückung der uigurischen Minderheit in China habe ich als der im Menschenrechtsausschuss des Deutschen Bundestages zuständige Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion folgende Presseerklärung herausgegeben:

Die jetzt veröffentlichten „China Cables“ bestätigen, was wir schon lange geahnt

und beklagt haben: Das Regime in Peking unterdrückt die Minderheit der Uiguren systematisch und mit drakonischen Maßnahmen. Damit macht sich die Pekinger Führung schwerer Verletzungen der Menschenrechte schuldig. Wenn China tatsächlich als moderner Staat und Partner nicht nur aufgrund seiner wirtschaftlichen Leistungen, sondern auch wegen seiner kulturellen Errungenschaften ernst genommen und international akzeptiert werden will,

dann darf es nicht länger in derart gravierender Weise die Menschenrechte verletzen. Im Übrigen zeigt der Erfolg der demokratischen Kandidaten bei den Bezirks-wahlen in Hongkong, dass Unterdrückung nicht zum Erfolg führt. Peking muss endlich einsehen, dass sich wirtschaftliche Prosperität nur in Verbindung mit der Freiheit des Geistes langfristig sichern lässt.



Werkstattgespräch Dienstpflicht

Am 28.11. nahm ich an einem Werkstattgespräch "Dienstpflicht: Das Deutschlandjahr" im Konrad-Adenauer-Haus teil, wo wir gemeinsam mit vielen politischen Akteuren aber auch mit Jugendlichen über die Einführung eines allgemeinen Dienstjahres diskutierten.

Gesellschaftsstärkendes, verpflichtendes Jahr für alle jungen Menschen mit breiter

Wahl des Einsatzfeldes, angemessenem Lebensunterhalt, Anrechnung auf Rentenleistung würde Möglichkeiten persönlicher Erfahrung und Orientierung geben. Die Freiwilligendienste bleiben selbstverständlich erhalten und werden ausgebaut. So kann es gehen. Fast alle jungen Teilnehmer in der Diskussion sprachen sich entschieden dafür aus. Wer will dann noch dagegen sein?

Kinderrechte ins Grundgesetz?

Derzeit beraten wir das Thema, ob wir die Rechte von Kindern in einem eigenen Paragraphen im Grundgesetz verankern müssen. Hier vertrete ich - wie auch die meisten meiner Abgeordnetenkollegen in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, wie namhafte Juristen und die Familienverbände - die, dass bereits die Rechte der Kinder ausreichend in unserem Grundgesetz festgeschrieben sind.

Denn unser Grundgesetz gilt für alle Menschen in unserem Land gleichermaßen. Wenn man nun für eine bestimmte Personengruppe ein Sonderrecht schaffen würde, könnte das Forderungen nach Sonderrechten für wei-

tere Personengruppen nach sich ziehen. Ich denke dabei an alte Menschen, Kranke oder Behinderte wie z.B. die Contergan-Geschädigten.

Da wir im Koalitionsvertrag vereinbart haben, Kindergrundrechte im Grundgesetz zu verankern, müssen wir nun dafür sorgen, dass diese Novellierung zu einem Gewinn für die Kinder und ihre Anliegen wird. Auf gar keinen Fall darf es eine Einmischung des Staates ermöglichen, wo nicht die ausdrückliche Wächterfunktion des Staates erforderlich ist. Das Verhältnis zwischen Kindern, Eltern und Staat ist derzeit bestens austariert und hat sich in dieser Konstellation seit Jahrzehnten bestens bewährt.

Wir werden darum in aller Sorgfalt und ohne Eile prüfen, ob die vom Bundesjustizministerium vorgeschlagene Ergänzung des Paragraphen 6 eine Verbesserung mit sich bringt oder ob sie einen nicht vertretbaren Eingriff in die ausgewogene Balance zwischen Eltern, Kindern und Staat darstellt. Und wir werden klären, ob der Vorschlag mit dem Grundgesetz vereinbar ist.

Wir müssen zudem die weitere Entwicklung der Regierungskoalition abwarten und sehen, ob der Koalitionsvertrag tatsächlich nicht mehr zur Erfüllung kommen kann. Dann wäre auch diese Forderung zumindest kurz- und mittelfristig obsolet.

Martin Patzelt, MdB

Büro Berlin

Katja Frenkel
Dr. Maria Blömer
Helmut Uwer

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227 71440
Fax 030/227 76439
martin.patzelt@bundestag.de

Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Oleksii Kysliak
Anna Fabisch
Sophienstr. 41/42
15230 Frankfurt (Oder)
Tel. 0335/401 24 860
Fax 0335/530746
martin.patzelt.ma05@bundestag.de
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr,
Mi 9-16 Uhr

Wahlkreisbüro Beeskow

Breite Straße 40
15848 Beeskow
Tel. 0335/401 24 860
Fax 0335/530746

Sie können den Newsletter
direkt über die Homepage
abonnieren, oder senden Sie
uns eine E-Mail an:
martin.patzelt@bundestag.de

www.martin-patzelt.de

Lebenshilfe übergibt Weihnachtsbaum

Es ist bereits zu einer traditionellen Geste geworden. Immer zur Adventszeit übergibt die Bundesvereinigung Lebenshilfe im Rahmen einer feierlichen Zeremonie einen wunderschönen geschmückten Weihnachtsbaum an die Abgeordneten des Bun-

destages. Der Baumschmuck wurde in diesem Jahr von Menschen mit und ohne Behinderung von der Lebenshilfe Rhön-Grabfeld hergestellt. Musikalisch begleitet wurde die Übergabe vom Chor der Lebenshilfe Rhön-Grabfeld.

Als Vorsitzender der Le-

benshilfe Frankfurt (Oder) ist für mich eine Teilnahme an dieser Feier Pflicht, denn Wertschätzung und Anerkennung ist das größte Gut, das wir diesen Menschen geben können.



Studierende der Viadrina zu Besuch im Bundestag

ELSA-Studierende der Viadrina Uni besuchten am Donnerstag (28.11.19) den Bundestag. Anregender Austausch über Politik,

das Wünschenswerte, das Machbare, demokratische Prozesse und Gefährdungen. Nach meiner Wahrnehmung würde ich solche klu-

gen, verantwortlich nach Problemlösungen suchenden jungen Menschen gern mein Mandat und meine Verantwortung überlassen.

